

## Dringlichkeits-A1NEU2 Solidaritätsantrag mit der vertriebenen Bevölkerung Rojavas

Antragsteller\*in: Nadia Abd El Hafez (CampusGrün Hamburg)

Tagesordnungspunkt: 10.3. Inhaltliche Anträge

### Antragstext

1 In Rojava ist es unter äußerst schwierigen Bedingungen gelungen ein  
2 einzigartiges demokratisches System aufzubauen unter dem Feminismus und  
3 progressive Zivilgesellschaft aufblühen konnte. Daher solidarisiert sich  
4 CampusGrün mit der vertriebenen Bevölkerung Rojavas und positioniert sich gegen  
5 die türkische Invasion unter der faschistoiden Politik Erdogans und der  
6 Stationierung aller ausländischen Besatzungstruppen. Ebenso benötigt es aber  
7 auch einer Aufarbeitung der und Gegnerschaft zur Instrumentalisierung Rojavas  
8 und der dortigen Ölförderung durch westliche Eigeninteressen, gestützt durch das  
9 amerikanische Militär.

10 In lokalen Hochschulgremien und durch Bündnisse arbeiten CampusGrüne auf eine  
11 Auseinandersetzung mit Demokratieprojekten wie dem in Rojava innerhalb der  
12 Forschung und Lehre an Hochschulen hin. Dadurch wollen wir als Sofortmaßnahme  
13 auch auf Mobilitätsprogramme für Wissenschaftler\*innen und Studierende aus  
14 Rojava hinarbeiten.

15 Mit Rojava und dem damit verbundene Versuch des ökofeministischen,  
16 demokratischen Konföderalismus, einer basisdemokratischen gesellschaftlichen  
17 Organisierung aller Menschen (Kurd\*innen, Araber\*innen, Assyrer\*innen und  
18 anderen) ist für uns stets die Hoffnung auf eine solidarische Gesellschaft  
19 abseits der kapitalistischen Moderne verbunden gewesen.

20 In den letzten Monaten mussten nun tausende Menschen aus dem kurdischen  
21 Autonomiegebiet in Nordsyrien fliehen oder wurden ermordet, Wohnungen und  
22 Krankenhäuser wurden zerstört. Die Kämpfer\*innen der SDF (Syrischen  
23 Demokratischen Kräfte) aus Amuda und Al-Darbasija mussten sich zurückziehen.  
24 Putin und Erdogan kündigten nach ihrem scheinheiligen „Friedensabkommen“ an,  
25 dass russisches und syrisches Militär in die Grenzregion vorrücken würde. Diesen  
26 „Frieden“ bezeichnen wir als eine Fassade: Machtpolitisch wurde über die Köpfe  
27 der Kurd\*innen hinweg entschieden. Sie werden dadurch verdrängt, ihrer  
28 Lebensgrundlage entrissen und weiter marginalisiert. Auch die modernen  
29 Universitäten in Qamischli („Mesopotamische Akademie für Sozialwissenschaften“),  
30 Afrin („Universität von Afrin“) und Qamishlo („Rojava-Universität“) sind nicht  
31 mehr nutzbar. Deutsche Politiker\*innen zeigen sich erschüttert – doch werden  
32 reale Handlungsmöglichkeiten von BRD, EU und UN nicht genutzt.

33 Nicht erst die gemeinsamen Einsätze von türkischen Truppen mit für  
34 Foltermethoden bekannten jihadistischen Gruppen, in denen deutsche Leopard-  
35 Panzer gegen die kurdische Zivilbevölkerung eingesetzt wurden, zeigen, dass die  
36 deutschen Rüstungsexporte tödlich und sofort einzustellen sind. Auf EU-Ebene  
37 Waffenembargos gegen die Türkei zu verhängen, wäre als Sofortmaßnahme das  
38 Mindeste, weitere Sanktionen gegen das türkische Regime sind zu erwägen. Dass  
39 dies nicht geschieht, ist in dem im März 2016 zwischen der EU und der Türkei  
40 geschlossenem „Flüchtlingsdeal“ begründet: Syrische Kriegsflüchtlinge werden in  
41 der Türkei zusammengepfercht um die europäische Rechte zu besänftigen; im  
42 Gegenzug erhält Erdogan finanzielle Unterstützung und wird bei  
43 Menschenrechtsverstößen mit Appeasement-Politik belohnt. Auch NATO-

44 Generalsekretär Jens Stoltenberg hat in diesem Sinne zwar die türkische  
45 Regierung zur Mäßigung im Sinne der „Stabilität“ der Region angehalten, dabei  
46 jedoch gleichzeitig in bester Kriegsbandnis-Manier unter Berufung auf „legitime  
47 Sicherheitsinteressen“ der Türkei den türkischen Überfall legitimiert. [„Our  
48 Ally Turkey is at the forefront of the crisis and has legitimate security  
49 concerns. It has suffered horrendous terrorist attacks. And it hosts millions of  
50 Syrian refugees.“<sup>1</sup>] Diese Demaskierung der militärisch gestützten Machterhaltung  
51 im Ausbeutungsinteresse macht deutlich, dass die zu militärischen Verteidigung  
52 westlicher ökonomischer Interessen gegründete NATO keine Friedensperspektive  
53 bietet – schon gar nicht als Teil einer „Anti-IS-Koalition“ ist. Ein deutscher  
54 Austritt und das entschiedene Eintreten für zivile Konfliktlösung über die  
55 Vereinten Nationen sind jederzeit möglich, auch angesichts eines  
56 Zusammenschlusses, welches Atomwaffen befürwortet sowie 2% des BIPs seiner  
57 Mitgliedstaaten für Militärausgaben verwendet.

58 Gerade die Hochschulen sind dazu aufgefordert, sich zu dieser unhaltbaren und  
59 menschenfeindlichen Situation zu äußern. Wissenschaftler\*innen stehen in der  
60 Verantwortung, sich mit aktuellen Krisen auseinanderzusetzen, um so den  
61 allgemeinen Druck der öffentlichen Proteste zu erhöhen. Beispielsweise  
62 Sozialwissenschaftler\*innen, Jurist\*innen, Erziehungswissenschaftler\*innen und  
63 Informatiker\*innen können sich produktiv im Rahmen ihrer jeweiligen Fachrichtung  
64 und interdisziplinär mit demokratischen Projekten wie dem in Rojava  
65 beschäftigen, indem sie das Thema in ihre Lehre integrieren oder  
66 Diskussionsveranstaltungen dazu organisieren könnten. Die  
67 Frauenemanzipationsprojekte, die solidarische Landwirtschaft und die  
68 Möglichkeiten zum egalitären Wissenschaftsaustausch, welche in Rojava aufgebaut  
69 wurden, könnten Inspiration auch bezüglich lokaler Projekte geben.

## Begründung

Weitere Begründung ggf. mündlich.

1: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions\\_169485.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_169485.htm)